

## **Brüssel Aktuell 14/2021**

16. bis 30. Juli 2021

### **Umwelt, Energie und Verkehr**

#### **„Fit for 55“: Kommission stellt EU-Waldstrategie vor**

Die EU-Kommission veröffentlichte am 16. Juli 2021 im Zusammenhang mit dem „Fit for 55“-Paket die [EU-Waldstrategie](#). Diese ist eine der Leitinitiativen des europäischen Grünen [Deals](#) (Brüssel Aktuell 1/2020) und baut auf der EU-[Biodiversitätsstrategie](#) für 2030 (Brüssel Aktuell 18/2020) auf. Die Kommission setzt in der Strategie auf einen Dreiklang aus Stärkung, Wiederherstellung und Widerstandsfähigkeit. Zudem schlägt die Kommission einen [Fahrplan](#) vor, um bis 2030 mindestens 3 Mrd. zusätzliche Bäume in Europa zu pflanzen. Für 2025 ist die Evaluation der neuen EU-Waldstrategie geplant...

#### **„Fit for 55“: Änderung der Verordnung über Landnutzung, Forst- und Landwirtschaft**

Im Rahmen der Vorlage des „Fit for 55“-Pakets hat die EU-Kommission am 14. Juli 2021 eine [Änderung](#) der [Verordnung \(EU\) 2018/841](#) über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft vorgeschlagen. Europaweit soll bis 2030 durch natürliche Kohlenstoffsinken ein CO<sub>2</sub>-Abbau im Umfang von 310 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden (vgl. Art. 4 Abs. 3)...

#### **„Fit for 55“: Vorschlag zur Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie**

Am 14. Juli 2021 legte die EU-Kommission im Rahmen des „Fit for 55“-Pakets einen [Vorschlag](#) zur Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie [2012/27/EU](#) vor. Der Vorschlag beinhaltet die verbindliche Vorgabe von höheren Energieeffizienzzielen bis 2030 (Art. 1, 4): So soll sich der Energieverbrauch um 9 % im Vergleich zum Niveau der Anstrengungen unter dem Referenzszenario 2020 verringern...

#### **„Fit for 55“: Verordnungsvorschlag zum Infrastrukturaufbau für alternative Kraftstoffe**

Im Rahmen der Vorlage des „Fit for 55“-Pakets legte die EU-Kommission am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vor, welcher die derzeit gültige Richtlinie [2014/94/EU](#) ersetzen soll. Ziel der Verordnung ist der beschleunigte Ausbau eines engmaschigen Netzes an Infrastruktur (Tankstellen und Ladestationen) für alternative Kraftstoffe, wofür verpflichtende nationale Ziele durch die Verordnung vorgegeben werden sollen (Art. 1 Abs. 1)...

## **„Fit for 55“: Vorschlag zur CO<sub>2</sub>-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge**

*Im Rahmen der Vorlage des „Fit for 55“-Pakets legte die EU-Kommission am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) [2019/631](#) zur Festsetzung von CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge vor. Die neuen Grenzwerte verfolgen das Ziel, den Umstieg auf emissionsfreie und -arme Fahrzeuge zu beschleunigen...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems**

*Am 14. Juli 2021 veröffentlichte die EU-Kommission den [Vorschlag](#) zur Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems. Dieses beabsichtigt die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises für Einfuhren bestimmter umweltbelastender Güter (wie Zement, Elektrizität, Dünger, Stahl und Aluminium) auf Grundlage der mit ihnen verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag zur Änderung der Lastenteilungsverordnung**

*Im Rahmen des „Fit for 55“- Pakets hat die EU-Kommission am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Änderung der aktuell gültigen Verordnung (EU) [2018/842](#) zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (sog. „Lastenteilungsverordnung“) vorgelegt...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag zur Überarbeitung des europäischen Emissionshandelssystems**

*Im Rahmen der Vorlage des „Fit for 55“-Pakets legte die EU-Kommission am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für die Überarbeitung der Richtlinie [2003/87/EG](#) über ein Emissionshandelssystem (EHS) der EU vor. Das EU-Emissionshandelssystem ist grundlegender Bestandteil der EU-Klimapolitik, welches sich als zentrales Instrument zur kosteneffizienten Reduzierung von Treibhausgasemissionen bewährt...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag einer überarbeiteten Energiebesteuerungsrichtlinie**

*Im Rahmen des „Fit for 55“-Pakets veröffentlichte die EU-Kommission am 14. Juli 2021 ihren [Vorschlag](#) zur überarbeiteten Energiebesteuerungsrichtlinie. Durch die Aktualisierung der Richtlinie [2003/96/EG](#) über die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom soll nunmehr die Einführung sauberer Kraftstoffe gefördert werden. Steuerbefreiungen bzw. ermäßigte Steuersätze, die im Moment die Nutzung fossiler Brennstoffe noch fördern, sollen ab 2023 abgeschafft werden...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag zur Einführung eines Klima-Sozialfonds**

*Am 14. Juli 2021 veröffentlichte die EU-Kommission im Rahmen ihres „Fit for 55“-Pakets ihren [Vorschlag](#) für eine Verordnung zur Einführung eines Klima-Sozialfonds. Der Fonds soll etwaige soziale Auswirkungen des Übergangs zur Klimaneutralität und insbesondere die geplante Ausweitung des Emissionshandels auf Gebäude und Verkehr finanziell abfedern (Art. 1). Konkret werden die Mitgliedstaaten bei der Finanzierung der Maßnahmen und Investitionen, die in ihren sozialen Klimaplänen enthalten sind, unterstützt...*

## **„Fit for 55“: Vorschlag zur Änderung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie**

*Im Rahmen des „Fit for 55“-Pakets hat die EU-Kommission am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Änderung u. a. der aktuell gültigen Richtlinie (EU) [2018/2001](#) zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (sog. „Erneuerbare-Energien-Richtlinie“) vorgelegt. Ziel der Richtlinie ist u. a. ein verbindliches EU-weites Ziel für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch der EU für 2030 festzulegen und damit den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern (Art. 1)...*

## **Katastrophenschutz: Anmeldung bei Flutwarnbehörde möglich für Kommunen**

*Die Aufgabe der europäischen Flutwarnbehörde ([EFAS](#)) ist es, vorbereitende Maßnahmen gegen drohende Flutereignisse einzuleiten, insbesondere in den Gebieten der großen transnationalen Ströme aber auch generell in ganz Europa...*

## **Wasser: Konsultation zu integrierter Wasserbewirtschaftung**

*Bis zum **1. November 2021** führt die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zum Thema „Integrierte Wasserbewirtschaftung – überarbeitete Listen von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser“ durch. Die Konsultation richtet sich u. a. an Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger mit allgemeinem Wissen und Interesse an Wasserschadstoffen...*

## **Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung**

### **Binnenmarkt, Innovation und Digitales: „Connecting Europe Fazilität“ in Kraft**

*Nachdem die [Verordnung](#) zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) [1316/2013](#) und (EU) [283/2014](#) nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde, tritt sie rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft...*

### **Kohäsionspolitik: Neue interaktive Website veranschaulicht Verwendung der EU-Mittel**

*Passend zu den mittlerweile in Kraft getretenen Verordnungen zu den Kohäsionsfonds hat die EU-Kommission am 23. Juli 2021 eine neue englischsprachige [interaktive Website](#) gestartet, die eine detaillierte Aufschlüsselung der insgesamt 392 Mrd. € an EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik zwischen 2021 und 2027 umfasst...*

## **Soziales, Bildung und Kultur**

### **Beschäftigung: Kommission legt Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage vor**

*Am 6. Juli 2021 veröffentlichte die EU-Kommission die diesjährige englischsprachige Ausgabe des Berichts über Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa ([ESDE 2021](#)). Der Bericht beinhaltet eine wirtschaftliche Analyse der Schritte, die die EU in Richtung eines starken und sozialen Europas unternimmt, insb. nach der Coronavirus-Krise. Er zeigt, dass die sozialen Auswirkungen der Krise ungleichmäßig und vielfältig waren. Regionale Ungleichheiten, die bereits vor der Pandemie bestanden, haben sich dem Bericht zufolge möglicherweise vergrößert. Eine starke soziale Dimension müsse die wirtschaftliche Erholung begleiten, um den Erfolg der EU-Reaktion auf die Krise nicht zu gefährden...*

### Vertragsverletzungen: Mehr Verfahren gegen Deutschland anhängig

Die EU-Kommission hat am 15. Juli 2021 rechtliche Schritte im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland eingeleitet bzw. weitergeführt. Diese betreffen insbesondere die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Entsenderichtlinie. Laut dem [Jahresbericht](#) über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts stieg die Zahl der gegen Deutschland anhängigen Vertragsverletzungsverfahren im Vergleich zum Vorjahr an...

### Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit: Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2020

Die EU-Kommission veröffentlichte am 23. Juli 2021 den Jahresbericht [2020](#) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit und die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten. Zudem nahm das Europäische Parlament am 24. Juni 2021 eine [Entschließung](#) an, bei der die Abgeordneten die Jahresberichte der Kommission über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit für die Jahre [2017](#), [2018](#) sowie [2019](#) und ihre Instrumente zur besseren Rechtsetzung bewerteten...

### Arbeitsrecht: EuGH-Urteil zum Kopftuchverbot

Am 15. Juni 2021 hat der Europäische Gerichtshof ([EuGH](#)) in den verbundenen [Rechtssachen](#) C-804/18 und C-341/19 entschieden, dass Arbeitgeber nur unter engen Voraussetzungen das Tragen eines Kopftuches am Arbeitsplatz unterbinden dürfen. Interne Regeln eines Unternehmens, die den Arbeitnehmern das Tragen jedes sichtbaren Zeichens politischer, weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen am Arbeitsplatz verbieten, seien nach EU-Recht zwar grundsätzlich denkbar. Allerdings nur dann, wenn der Arbeitgeber ein „wirkliches Bedürfnis“ geltend machen kann, er also anderenfalls Nachteile erfahren würde. Des Weiteren kommen solche Verbote nur dann in Betracht, wenn die ordnungsgemäße Anwendung des Neutralitätsgebots gewährleistet ist, was eine konsequente und systematische Anwendung voraussetzt...

### Rechtsstaatlichkeit: Kommission veröffentlicht zweiten Bericht

Am 20. Juli 2021 veröffentlichte die EU-Kommission den zweiten [Bericht](#) zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU inklusive 27 [Länderkapitel](#). Der [erste](#) Rechtsstaatlichkeitsbericht wurde im September 2020 vorgestellt (Brüssel Aktuell 32/2020). Auch dieses Mal betrachtete die Kommission bei der Untersuchung von Entwicklungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit jeweils vier Pfeiler: das Justizsystem, den Rahmen zur Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie sonstige institutionelle Aspekte in Zusammenhang mit dem System von Kontrolle und Gegenkontrolle...

### Sommerpause von Brüssel Aktuell

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von *Brüssel Aktuell*,

diese Ausgabe von *Brüssel Aktuell* ist die letzte vor der Sommerpause. Die nächste Ausgabe (*Brüssel Aktuell* 15/2021) erscheint am **17. September 2021**. Das erste Halbjahr 2021 war ereignisreich und auch weiterhin von der Coronavirus-Krise und Lockdown-Maßnahmen geprägt. Als positiv zu verzeichnen sind die Impfvorschritte in der EU, die nach ersten Liefer- und Beschaffungsschwierigkeiten Anfang des Jahres nun Fahrt aufgenommen haben. Inzwischen wurden in der EU 500 Mio. Impfdosen gegen COVID-19 ausgeliefert. Damit konnten 70 % der erwachsenen EU-Bevölkerung noch im Juli durch mindestens eine Impfung geschützt werden, 57% erhielten bereits den vollen Impfschutz. Auch das einheitliche digitale COVID-Impf-[Zertifikat](#) der EU wurde noch vor dem Sommer beschlossen (*Brüssel Aktuell* 11/2021) und entsprechend national umgesetzt. Die EU-Kommission zog bereits erste [Lehren](#) aus der Pandemie, um künftig in Gesundheitskrisen schneller handlungsfähig zu sein (*Brüssel Aktuell* 12/2021).

Nach langwierigen Verhandlungen im Jahr 2020 sowohl zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) der EU und zum Aufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) als auch zum BREXIT, konnten nach Abschluss der Verhandlungen im Dezember 2020 sowohl das Handels- und [Kooperationsabkommen](#) zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und Nordirland (*Brüssel Aktuell* 1/2021, *Brüssel Aktuell* 8/2021) als auch der [MFR](#) und [NGEU](#) (*Brüssel Aktuell* 7/2021) in Kraft treten. Die zugehörigen Programme und Fonds wurden während der letzten Monate fortlaufend finalisiert und erste Aufrufe veröffentlicht. Dies wird sich im zweiten Halbjahr 2021 weiter fortsetzen.

Auch hinsichtlich der digitalen und grünen Prioritäten der aktuellen Kommission hat sich 2021 bisher einiges getan: So veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zum Digitalen [Kompass](#) 2030 sowie weitere digitalen Initiativen (*Brüssel Aktuell* 5/2021) und legte mit dem [Aktionsplan](#) zum Null-Schadstoff-Ziel bis 2050 (*Brüssel Aktuell* 10/2021) und dem „Fit for 55“-[Paket](#) (diese Ausgabe) zahlreiche Initiativen vor, um das Ziel der Klimaneutralität in der EU bis 2050 zu erreichen. Schließlich einigten sich die EU-Institutionen im ersten Halbjahr 2021 unter portugiesischem Ratsvorsitz auch auf die Ausgestaltung der [Konferenz](#) zur Zukunft Europas (*Brüssel Aktuell* 9/2021), die am 9. Mai offiziell startete und bis zum Frühjahr 2022 dauern soll.

Das Jahr 2021 hat entsprechend schon viele spannende, kommunalrelevante Themen wie zuletzt z. B. auch die [Mitteilung](#) der Kommission zu einer „Langfristigen Vision für ländliche Gebiete“ (*Brüssel Aktuell* 12/2021) mit sich gebracht, weitere werden im zweiten Halbjahr 2021 folgen. Zu erwarten ist bspw. u. a. die Veröffentlichung des Überarbeitungsvorschlags zur [Gebäudeenergieeffizienz](#)-Richtlinie im Rahmen der sog. „Renovierungswelle“. Die Bürogemeinschaft freut sich bereits darauf, nach der Sommerpause der EU-Institutionen wieder zu berichten.

Wir wünschen allen eine erholsame Sommerzeit – bleiben Sie gesund!

Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen